

Zitat:

«Ich kenne jeden Radarkasten in der Stadt Winterthur.» Ein rücksichtsloser Strassenrowdy, der sich gerne am Rande der Legalität bewegt? Nein, die amtierende Gemeinderatspräsidentin und vielleicht zukünftige Stadträtin Gisela Beutler. Am Wahlkampf-Podium des «Landboten» im Casinotheater bekräftigte sie damit ihre Meinung, dass es schwierig sei, Tempolimiten durchzusetzen, und begründete auch die Tatsache, dass sie noch nie wegen zu schnellem Fahren gebüsst wurde. Beutlers Kontrahenten gaben sich in diesem Punkt motivierter: Marlies Bänziger will in Sachen Umwelt vor allem die Tempo-30-Zonen ausbauen, wenn nötig mit baulichen Massnahmen, und auch Michael Künzle würde die Kontrolle des Strassenverkehrs forcieren. **blu.**

«Blauäugige» Schengen-Rhetorik.



Zum Leitartikel «Dank Nachbarn auf Nummer sicher» im «Stadtblatt» vom 6. Mai:)

Davon, dass die Schweiz dank ihrer Nachbarn auf Nummer sicher gehe, ist Autorin Nicole Meier überzeugt. Obwohl alles furchtbar schwierig und komplex sei mit Schengen und Dublin. Denn die Kriminalität habe man mit dem SIS Informationssystem im Griff und das Asylwesen mit der Dublin-Regelung ebenso. Wem diese Vorteile nicht einleuchten, dem sei nicht zu helfen ... Nun aber leben wir noch in der einzigen direkten Demokratie und sind es gewöhnt, die Dinge aus zwei gegen-

sätzlichen Richtungen zu betrachten, um zu einer Einsicht zu kommen.

Und das – da gehe ich mit Frau Meier einig – ist auch in der Schengen-Dublin-Frage ein komplexes Unterfangen. Indessen, eines ist für mich ganz klar: Es sind niemals die Systeme und die Abkommen, die Sicherheit bringen, sondern die Art und Weise, wie sie in der menschlichen Wirklichkeit funktionieren und gelebt werden. Zu dieser offenen Frage muss jeder selbst seine Antwort finden. Auch wenn es, wie hier, den grosszügig ausgelegten Begriff der Nachbarschaft betrifft. An diesem Punkt will uns jedoch Frau Meier

flugs die Antwort abnehmen, indem sie postuliert «... Schengen-Dublin muss sein.» Damit schafft Frau Meier die Demokratie ab, und auch weiter unten im Artikel bleibt sie sich treu, indem sie gegnerische Ansichten als «Rhetorik der Paranoia» bezeichnet. Als Demokrat muss ich meine Entgegnung nicht dem Vokabular der Psychopathologie entnehmen; immerhin könnte man die Argumentation, mit der uns Frau Meier von der Sache überzeugen will, ebenso gut über weite Strecken als doch recht «blauäugig» bezeichnen.

Erwin Leibundgut, Winterthur.

Wider den Rückschritt in der Schule.

Die Abstimmung zur Reform der Zürcher Volksschule ist im November 2002 knapp gescheitert. In dieser Vorlage war die definitive Einführung der Grundstufe vorgesehen; laut Umfragen hat diese zur Ablehnung geführt. Die Grundstufe ist nun nicht mehr Teil der aktuellen Vorlage. Und deshalb spricht nun alles dafür, dem neuen Volksschulgesetz zuzustimmen. Wird dieses Gesetz auch am 5. Juni wieder abgelehnt, dann würde die Zweitklassenschule gefördert. Reiche Gemeinden würden auf eigene Kosten Massnahmen ergreifen, um die Schulqualität zu fördern und zu sichern. Winterthur aber, als

Finanzausgleichsgemeinde, könnte sich keine solchen Vorkehrungen leisten. Bei Ablehnung würden auch sämtliche Schulreformen gestoppt. Es würde damit nicht nur ein Stillstand eintreten, sondern vielmehr auch eine Rückwärtsentwicklung. Ohne das neue Volksschulgesetz wird nicht in die Schule investiert – im Gegenteil, es müssten nachweislich qualitätserhaltende Massnahmen und bewährte Strukturen dem Spardruck geopfert werden. Mit dem neuen Volksschulgesetz werden geleitete Schulen, professionelle Schulaufsicht, Blockzeiten und Schulen mit vielen fremdsprachigen Kindern (Quims)

definitiv ins geltende Recht aufgenommen, sind also gesetzlich vorgeschrieben und deren Kosten gebunden. Die neue Vorlage bringt eine Grundvereinbarung über Schulorganisation und schulisches Angebot, auf dem die künftige Ausrichtung der Schule aufgebaut werden kann. Das neue Volksschulgesetz gewährleistet zudem einheitliche Rahmenbedingungen und eine einheitliche Entwicklung in allen Gemeinden des Kantons. Stimmen auch Sie am 5. Juni Ja zu einer zeitgemässen Volksschule.

Ursula Bründler, CVP-Gemeinderätin, Winterthur.

Contra Gygi und pro Bänziger.

Grossartig hat PTT-Direktor Ulrich Gygi den ausserordentlich hohen Reingewinn bekannt gegeben. Ein fragwürdiger Reingewinn, wenn man bedenkt, dass dafür 12 000 Arbeitsplätze erhalten mussten. Es mag ja gut sein, dass wenigstens noch einer eine Existenz hat, wenn man in gewissen Dörfern die Post in den Dorfladen integriert. Andererseits sind aber in PTT-Grossbetrieben Stellen abgebaut worden, durch die nachher die Übriggebliebenen in eine Stresssituation hineinmanövriert wurden. Viele Schicksale entlassener Mitarbeiter haben zu diesem Reingewinn beigetragen. Wie viel Bonus der Boss dafür abkassiert, wird wohl nie bekannt werden. Früher waren die Leute stolz, bei der Post oder bei der Bahn eine sichere Stelle zu haben. Was haben wir heute? Zum grossen Teil Schleudersitze. Auch die

SBB haben übermässig abgebaut, zum Teil zu ihrem eigenen Schaden. Die Kuriosität an der ganzen Sache ist die, dass die beiden Bosse Ulrich Gygi und Benedikt Weibel – man höre und staune – Mitglieder der sozialdemokratischen «Arbeiterpartei» sind. Solange die SP-Führung nicht den Mut hat, diese beiden grössten Arbeitsplatzvernichter aus der Partei auszuschliessen, ist die sozialdemokratische Partei nicht mehr glaubwürdig.

Niklaus Amacker, Winterthur.

Die Euphorie war gross im links-grünen Lager, als vor drei Jahren eine SP-EVP-Allianz die Mehrheit im Stadtrat eroberte. Seither ist sie etwas abgeklungen, vor allem in sozial- und umweltpolitisch sensibilisierten Kreisen: Die städtische Politik basiert fast ausschliesslich auf Sachzwängen,

vor allem finanzieller Art. Nachhaltigkeit und Ökologie scheinen in dieser Regierung kein Thema zu sein. So werden Landreserven verkauft, um kurzfristig Löcher in der Stadtkasse zu stopfen (Archareal!). Das Wachstum des motorisierten Individualverkehrs wird als gegeben hingegenommen, der Ausbau der Strassen wird in vorausgehendem Gehorsam projektiert (Südfahrt, Heiligbergtunnel). Geld wird sogar bei den sozial Schwächsten und bei der Bildung gekürzt (Streichung der Gemeindegzuschüsse an AHV- und IV-Bezüger, Streichung des biblischen Unterrichts). In diesen drei Jahren ist klar geworden: Mitte-links ist nicht genug, es braucht das grüne Element. Deshalb wähle ich am 5. Juni die aufrichtige und energiegeladene Marlies Bänziger in den Stadtrat.

Andrea Söldi, Winterthur.

Friede, Freude, Friedrichs Kampf.



Intermezzo.

Ein Sturm der Entrüstung fegt wegen Christoph Blochers Rede vom letzten Sonntag übers Politland. Für Joseph Deiss die Gelegenheit, endlich wieder einmal öffentlich das Blocher-hat-gegen-das-Kollegialitätsprinzip-verstossen-Traktandum für die Bundesratssitzung anzukündigen.

Ob dort wohl auch Couchepins öffentliche Kritik am Gesamtbundesrat wegen der Wahl der Vizekanzler diskutiert wurde? Oder gelten öffentliche Schelten nur für SVP-Politiker? Und Maulkörbe für SVP-Politikerinnen? Gut, geht's so demokratisch zu in unserem Winterthur. Hier stehen die sieben Stadträte noch geschlossen und in Frieden hinter ihren Entschei-

den. Lohnkürzungen und Steuererhöhungen werden stramm mitgetragen, und alle freuen sich mit Hans Hollenstein, dass einer der ihren den Aufstieg geschafft hat. Und bald geht der Traum als Pionierstadt in Erfüllung, wenn dank unserem neuen Regierungsrat auch der kantonale Steuerfuss erhöht wird.

Bei aller Freude müssen wir uns aber wieder dem Ernst zuwenden und zu den sechs Verbliebenen einen Neuen dazu wählen. Die Option, dass die Stadträte einer Initiative zuvorkommend «5 statt 7 Stadträte» in Eigenregie einführen, ist ja eher unwahrscheinlich. Welches der drei potenziellen Gspänli passt denn am besten in das eingespielte Sechser-Team? Mike Künzle dürfte dafür sorgen, dass alles im gewohnten «Bürgerlich, aber mit sozialem Gewissen»-Trott weiterläuft. Mit Marlies Bänziger würde das Departement in Umwelt und Sicherheit umbenannt und der Mobilität in Winterthur noch mehr Grenzen gesetzt. Aber auch mit ihr dürfte die Polit-Idylle in Winterthur nicht nachhaltig aufgerüttelt werden. Letzteres dürfte zwar auch mit Gisela Beutler nicht passieren, denn dass sie mit

ihren Forderungen und Anliegen oft unterliegen würde, ist vorauszusehen. In einer Kollegialbehörde werden die Entscheide mitgetragen. Dies würde Gisela Beutler tun, und zwar mit Stil. Dennoch würde sie andere und wichtige Aspekte in diese Stadtregierung einbringen. Dass die Meinung von mehr als 23 Prozent der Winterthurer Bevölkerung, den SVP-Wählern, in die Stadtregierung einfließen, ist unumgänglich, wenn die Stadt den Turnaround irgendwann schaffen will. Wenn weiterhin «Wir ändern nichts und treten uns auch nicht auf die Füsse» auf der Traktandenliste steht, wird sich nämlich nichts verbessern, sondern im Gegenteil.

Dass nun die FDP mit der Nominierung von Mike Künzle nicht nur freiwillig auf einen Turnaround, sondern in Zukunft auch auf die treuen Dienste der SVP-Wähler verzichtet, ist unverständlich. Alt Bundesrat Friedrichs jahrelanger verbitterter Kampf gegen die SVP hat sich offenbar gelohnt, und er kann sich nun mit Leidenschaft dem Abstimmungskampf zum Partnerschaftsgesetz hingeben.

Natalie Rickli.

Briefe:

Auf diesen Seiten, liebe Leserinnen und Abonnenten, werden Ihre Meinungen zu erfreulichen, ärgerlichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen im täglichen Leben publiziert sowie Ihre Ansichten zu lokalen wie globalen Ereignissen. Und freilich sind auch Ihre Reaktionen auf redaktionelle Artikel und Kolumnen hoch willkommen, die in unserer kleinen Winterthurer Text-Woche erschienen sind. Die Mitglieder der Redaktion allerdings redigieren und kürzen gegebenenfalls die eingesandten Briefe dem Sinn nach und gemäss dem geltenden Medienrecht. Senden Sie Ihre Beiträge bitte an die Redaktion des «Stadtblatts», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur oder übermitteln Sie die per Fax: 052 212 75 07 oder per E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch we.